



Mit Freude bei der Sache: Österreichs Heimleiter sind aktiv – und das nicht nur bei der Pausengymnastik

Zweiter österreichischer Heimleiterkongreß

Österreichs Heimleiter setzen sich in Bewegung. Sie wollen sich für Strukturverbesserungen in der Altenhilfe einsetzen. Nach fünfzehn Jahren Diskussion gibt es nun deutliche Anzeichen für wirksame Veränderungen.

Für die Entwicklung der österreichischen Altersstruktur in den nächsten zwei Jahrzehnten wird eine Zunahme der über 75jährigen um rund ein Drittel vorausgesagt. Dadurch rücken Fragen nach qualifizierten Versorgungsstrukturen immer mehr in den Vordergrund. Altenhilfe als System, wie in Deutschland entwickelt, gibt es in Österreich bisher nicht. Sie ging bisher begrifflich und administrativ im Feld der Gesundheitsversorgung unter. Die Etablierung als eigenständiger Dienstleistungsbereich hat zwar begonnen, kommt jedoch nur mühsam in Gang.

Daß sich die Altenhilfe aus dem Gesundheitsbereich entwickelte, ist nach wie vor an der Personalsituation abzulesen. Etwa ein Drittel der Beschäftigten (gemessen in Vollzeitäquivalenten, d. h. in Arbeitsverhältnissen mit 40 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit) kommen aus geprüften Sanitäts-

hilfsdiensten bzw. sind sonstiges Betreuungspersonal, das keine einschlägig anerkannte Ausbildung hat. Rund zwanzig Prozent entfallen auf diplomierte Krankenpflegekräfte und nur etwa elf Prozent sind Altenpfleger bzw. Pflegehelfer. Das ergab eine Studie des österreichischen Bundesinstituts für Gesundheitswesen (ÖBIG), deren Ergebnisse von Jan Pazourek vorgestellt wurden. Seine Ausführungen über die derzeitigen Personalschlüssel waren Zündstoff für die Kongreßteilnehmer.

Im Vergleich mit den österreichischen Rechtsgrundlagen für Pflegepersonalschlüssel, sind die tatsächlichen Pflegeschlüssel noch schlechter, wobei angemerkt werden muß, daß sie insgesamt hinter denen Deutschlands zurückbleiben. „Österreich hat immer noch nicht den Standard erreicht, der in Deutschland schon vor 14 Jahren üblich war“, kommentiert Pazourek.

Daß selbst ein fiktiver Personalschlüssel von 1:3 nicht ausreicht, wurde deutlich, als Pazourek an einem Beispiel aufzeigte, wieviel Zeit pro Bewohner eines Pflegeheims für welche Tätigkeiten des Pflegepersonals zur Verfügung stehen. Dabei bleiben, wie Pazourek erklärte, beispielsweise jeweils zwanzig Sekunden zur medizinischen Überwachung, zur Kontaktpflege mit Angehörigen oder zur Anleitung und Unterweisung. Die Kontakt-

pflege mit den Bewohnern muß demnach in 3,8 Minuten erledigt sein. Für Hilfeleistungen beim Essen und Trinken stehen ganze 2,9 Minuten zur Verfügung. Die Resonanz der Heimleiter auf die ÖBIG-Studie war eindeutig: Sie forderten mehr qualifiziertes Personal.

Die Heimleiter sehen es nicht gerne, daß ein Großteil des derzeitigen Personals aus der Krankenpflege kommt. „Mich stört, daß alte Menschen damit automatisch als krank abqualifiziert werden“, gab eine Heimleiterin zu bedenken und wendete sich gegen die derzeitige Qualifizierungsstrategie. Außerdem sähen es die meisten diplomierten Krankenschwestern als Abqualifizierung, wenn sie beispielsweise die Grundpflege übernehmen müßten, ergänzte ein Kollege aus dem Plenum. Elisabeth Ruepp, Heimleiterin und selbst diplomierte Krankenschwester, hielt dagegen das Krankenpflegepersonal durchaus für angemessen qualifiziert, um die Altenbetreuung zu übernehmen. Sie begründete ihren Standpunkt unter anderem damit, daß es immerhin bereits heute zahlreiche Ansätze gebe, die Krankenschwestern und Krankenpfleger durch Fortbildungen in Geriatrie noch besser zu qualifizieren.

Doch beklagt wurde in Linz nicht nur die Situation des Pflegepersonals. Die Heimleiter selbst sind nicht viel besser dran. Peter Mader, Heimleiter und Obmann des „Proponentenkomitees der Arbeitsgemeinschaft der Heimleiter Österreichs“, sieht die Notwendigkeit, daß alte Strukturen an neue Zielgruppen angepaßt und gleichzeitig neue Wege zur Gestaltung der sozialen Infrastrukturen gefunden werden müssen. In Anbetracht der organisatorischen Größenordnungen und der komplexen fachlichen Aufgaben müsse jeder Heimleiter zu einer notwendigen Professionalität kommen. Seiner Meinung nach können die Heime als Bestandteil eines Mischsystems aus stationären und ambulanten Einrichtungen die neuen Herausforderungen nur dann erfolgreich bewältigen, wenn sie allen Anforderungen und Perspektiven dieser neuen Professio-



Elisabeth Ruepp, Heimleiterin: Wir blicken mit Spannung in die Zukunft, auf die man uns nicht vorbereitet hat



Jan Pazourek, Mitarbeiter im Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen: Österreich hat immer noch nicht den Standard erreicht, der in Deutschland schon vor 14 Jahren üblich war



Peter Mader, Heimleiter und Obmann des Proponentenkomitees der Arbeitsgemeinschaft der Heimleiter Österreichs: Wir brauchen einen Heimleiterverband, um Professionalität zu erlangen

nalität entsprechen. Mader sprach einen wunden Punkt der österreichischen Altenhilfe an, als er erklärte: „Der Idealvorstellung von Betreuung und Pflege steht betriebswirtschaftliches Denken und Handeln gegenüber. So werden die neuen Herausforderungen nicht nur an die Systeme gerichtet sein, sondern vermehrt an jene Menschen, die Verantwortung für Kommunikations- und Wirtschaftsprozesse in den Heimen haben.“

So groß die Unterschiede im einzelnen zwischen Deutschland und Österreich auch sein mögen, es gibt auch viele Ähnlichkeiten. So fehlt es an einem konkreten Berufsbild des Heimleiters. In Österreich nennen sie sich häufig anders, beispielsweise Verwalter oder Sozialmanager. Ihre Vorbereitungen sind unterschiedlich: Betriebswirte, Techniker oder Beamte. Heimleiter wurden sie oft durch eine Bewerbung auf eine entsprechende Ausschreibung. Heimleiter im Beamtenverhältnis kamen manchmal sogar nur aufgrund einer Anweisung ihrer Dienststelle zu dieser Funktion. Je nach Zeit, persönlicher Neigung und Verständnis des Trägers absolvieren dann einige von ihnen einschlägige Fort- und Weiterbildungen.

Doch wirtschaftliches Verständnis, das bei der Auswahl der Heimleiter häufig eine große Rolle spielt, reicht nicht, um den komplexen Anforderungen der neuen Tätigkeit gerecht werden zu können. Die Heimleiter in Linz

waren sich dessen bewußt und forderten daher nachdrücklich eine aufgaben-, problem- und bedürfnisorientierte Ausbildung sowie das entsprechende Verständnis für die Anliegen der Heime, deutliche Unterstützung durch die Rechtsträger und durch die politisch Verantwortlichen. „Wir blicken mit Spannung in die Zukunft, auf die man uns nicht vorbereitet hat“, faßte Elisabeth Ruepp die Probleme der Heimleiter zusammen. Deshalb sei es ihrer Meinung nach wichtig, jetzt ein Berufsbild zu entwickeln. Dieses komme allen zugute, den Trägern, dem Land, den Bildungseinrichtungen und nicht zuletzt der eigenen Person.

Peter Gohm, Heimleiter und Initiator des österreichischen Heimleiterverbandes, bedauerte, daß das derzeitige Rollenverständnis der österreichischen Heimleiter zum Teil Passivität bedinge. So sei der Beruf des Heimleiters in Österreich nicht verankert und daher von vielerlei Betrachtungen und Einschätzungen abhängig. Angesichts der Entwicklungen in der Altenarbeit und in Anbetracht des Wissens über die Persönlichkeiten der Leiter sowie der Heimstrukturen Österreichs, müsse sich der Heimleiter zu einer eigenständigen Persönlichkeit entwickeln, die anstehende bzw. notwendige Veränderungen in der Altenarbeit bewirken kann und nicht auf Anordnungen von „oben“ oder „außen“ warte. Diesen Bewußtseinsprozeß ein Stück voranzutreiben, nannte er ein Ziel des Kongresses.

Doch die Heimleiter stehen nicht nur ihren eigenen Erwartungen und Wünschen gegenüber. Roland Rosenmayr, Sektionsleiter, stellte im Auftrag der Familienministerin Maria Rauch-Kallat dar, daß Altenpolitik primär unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung von Selbständigkeit und Selbstbestimmung alt gewordener Menschen sowie deren sozialer Integration gesehen werde. Die Heimleiter, so verdeutlichte er, seien dabei die Partner einer Politik, bei der es darum gehe, die Rahmenbedingungen für das Altern so zu gestalten, daß man gerne älter werde. „Altenpolitik ist primär als eine Politik des Ermöglichens – als Herausforderung zu sehen, neue Räume zu öffnen und Rahmenbedingungen zu schaffen“, erklärte er und meinte zudem, daß man sich am Leitbild Hilfe zur Selbsthilfe orientieren müsse. Die Unterstützung der älteren Menschen solle dabei bereits einsetzen, bevor mehr oder weniger schwere Pflegebedürftigkeit entstanden sei. Hilfe innerhalb der Familie sei jedoch nicht für jeden möglich. Daher stelle sich aus familienpolitischer Perspektive die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Selbständigkeit des älteren Menschen förderten.

Gleichzeitig müsse es zu einer Neuorientierung des Verhältnisses von „öffentlich“ und „privat“, von Bürger und Staat kommen. In der Vernetzung bzw. dem gezielten Zusammenführen von heute getrennt agierenden Disziplinen



Peter Gohm, Heimleiter und Initiator des österreichischen Heimleiterverbandes: Wir brauchen einen Schulterschuß zwischen den Heimleitern und dem Bundesministerium - wir liefern das Know-how und bekommen dafür die notwendige Unterstützung

und Systemen, auch im Sinne der Integration von helfenden Familienangehörigen, professionellen Diensten und ehrenamtlich Tätigen, sieht Rosenmayr die Möglichkeit, eine selbstbestimmte Lebensführung im Alter abzu-

sichern. Die Heime sollten seiner Meinung nach dabei als Vermittler von Kompetenz auftreten und damit auch als Mittler zwischen stationärer und ambulanter Hilfe, die Leistungen wie „Tageszentrum“ und „Kurzzeitpflege“ anbieten sollten. Die Konzepte der Heimleiter, so die Schlußbemerkung Rosenmayrs, „spielen für die Annahme der Hilfen zur Integration eine wesentliche Rolle“.

Erste Schritte zur Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sind getan. In Österreich tritt am 1. Juli dieses Jahres das neu beschlossene Pflegegeldgesetz (BPGG) in Kraft. Es wird im Umlageverfahren über die Sozialversicherungen finanziert. Pflegebedingte Mehraufwendungen werden dabei durch pauschalierte Geldleistungen abgegolten. Zweck des BPGG ist es, für pflegebedürftige Personen soweit wie möglich die notwendige Hil-

fe und Betreuung zu sichern. Gleichzeitig soll die Möglichkeit verbessert werden, ein selbstbestimmtes und bedürfnisorientiertes Leben zu führen. Das Pflegegeld wird in sieben Stufen zwischen 2500 und 20000 Schilling (das sind etwa 357 bzw. 2857 Mark) unabhängig von Vermögen und Einkommen gewährt.

Das Pflegegeld wird an den Anspruchsberechtigten oder seinen gesetzlichen Vertreter ausgezahlt. Wird eine pflegebedürftige Person auf Kosten oder unter Kostenbeteiligung eines Landes, einer Gemeinde oder eines Sozialhilfeträgers in einem Pflege-, Wohn-, Altenheim und ähnlichen Einrichtungen stationär gepflegt, so geht für die Zeit dieser Pflege der Anspruch auf Pflegegeld bis zur Höhe der „Verpflegungskosten“, höchstens jedoch bis zu 80 v. H. auf den jeweiligen Kostenträger über. Der pflegebedürftigen Per-

Der österreichische Heimleiterkongress zeigte, daß das Selbstwertgefühl der Heimleiter zugenommen hat – obwohl es sich beim auf die Schulterklopfen hier nur um eine gymnastische Übung zwischen den Vorträgen handelt



son gebührt für die Dauer des Anspruchsüberganges ein Taschengeld in Höhe von 1080 Schilling pro Monat. Anstelle des gesamten oder eines Teils des Pflegegeldes können auch Sachleistungen gewährt werden, deren Gegenwert dann auf die Geldleistung angerechnet wird. Die Länder sind nun verpflichtet, quantitative und qualitative Zielangaben der Sachleistungsangebote zu erarbeiten. Ein Rechtsanspruch auf das Bundespflegegeld besteht zunächst nur für die ersten beiden Pflegestufen bis maximal 3500 Schilling. Nach einer Übergangszeit, d. h. ab 1. Januar 1997, wird der Rechtsanspruch auf alle Pflegestufen ausgeweitet.

Welche Auswirkungen des Bundespflegegeldes auf die Heime werden nun erwartet? Alfred Huemer von der Sozialhilfeabteilung des Landes Oberösterreich versuchte darauf eine Antwort zu geben. Nach seiner Meinung kann davon ausgegangen werden, daß etwa dreiviertel der rund 10 500 Bewohner der oberösterreichischen Alten- und Pflegeheime Anspruch auf pflegebezogene Geldleistungen haben werden. Jährlich stünden daraus ca. 200 Millionen Schilling zur Deckung von Pflegeaufwendungen zur Verfügung, wobei der echte Sozialhilfeaufwand für die Unterbringung in Alten-

und Pflegeheimen etwa 140 Millionen Schilling betrage.

Nach Schätzungen der Sozialhilfeabteilung werden aus dem neuen Pflegegeld rund 450 Millionen Schilling jährlich zur Abgeltung des Pflegeaufwandes verwendet werden müssen. Dies lasse jedoch nicht den Schluß zu, daß Sozialhilfeaufwendungen wegfielen und die Heime einen Überschuß von 110 Millionen Schilling hätten. Es sei vielmehr notwendig und gerechtfertigt, die zusätzlichen Mittel durch eine entsprechende Tarifgestaltung – nicht zuletzt im Hinblick auf künftige Standardverbesserungen und damit verbundene höhere Aufwendungen zur Verbesserung der Ertragssituation der Heime und erst dann – wenn möglich durch Senkung der Entgelte des Standardangebots zur Verringerung von Sozialhilfeaufwendungen verfügbar zu machen. Ausgangspunkt dieser Überlegungen sind die Bestimmungen über den Übergang des Anspruches auf Pflegegeld bei Heimunterbringung. Nach dem LPGG besteht für den Betroffenen ein Anspruch auf Ta-

schengeld in Höhe von 1080 Schilling bzw. 20 Prozent des Pflegegeldes in Stufe drei. Der Rest (in den Pflegestufen vier bis sieben sind das mehr als 80 Prozent) ist für den Sozialhilfeträger greifbar. „Das Land vertritt daher die Meinung“, so erläutert Huemer, „daß, in Abänderung der bisherigen Regelung eines Betreuungs- und Pflegezuschlages, künftig ein 7stufiger Pflegezuschlag in Höhe von 80 Prozent des Betrages der Stufen 3 bis 7, bzw. in den Stufen 1 und 2 der um das Taschengeld verminderte Betrag festzusetzen ist.“ Ein diesbezüglicher Erlaß soll den Heimträgern Oberösterreichs in diesen Tagen zugehen. Falls durch die neue Regelung Überschüsse entstehen sollten, dürften diese keineswegs dem Haushalt des Heimträgers zufließen, sondern müßten als Rücklage dem Heim verbleiben, da durch vereinbarte Standardverbesserungen der Heime in den nächsten Jahren ohnehin höhere Ausgaben anfielen, erklärt Huemer hierzu. Gerade hier, bei der Weiterentwicklung der Heime, seien die Heimleiter besonders gefordert.